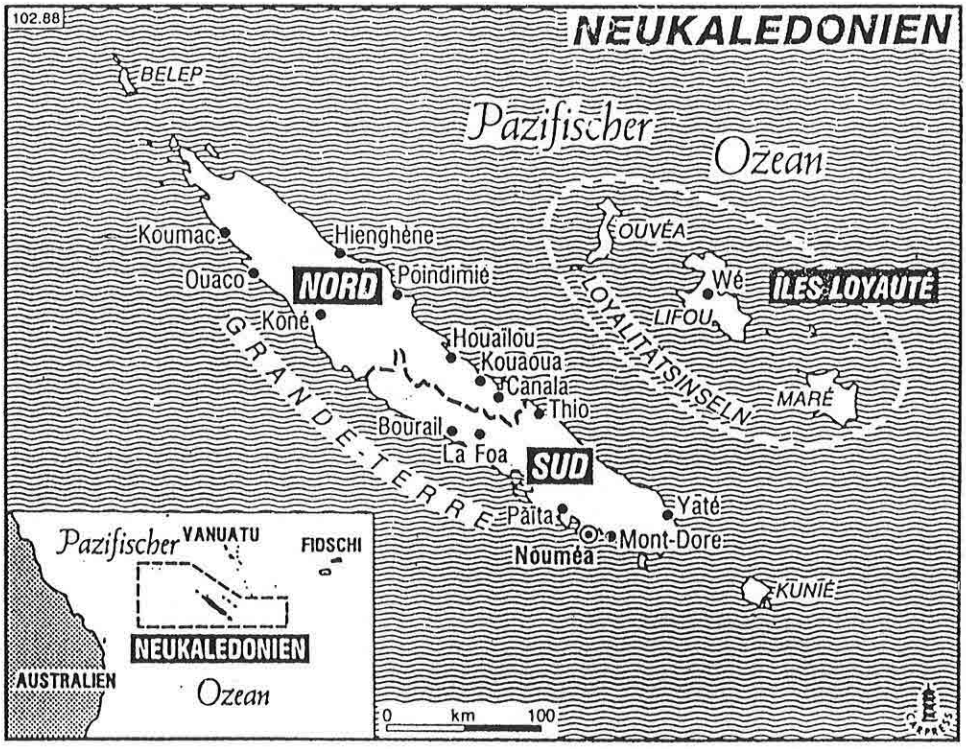
PAZIFIK-INFORMATIONSSTELLE

Postfach 68, Hauptstraße 2
91561 Neuendettelsau
Germany



Dossier Nr. 50

Neukaledonien:

Indigener Minenbesitz in Kanaky - Probleme und Perspektiven

Beitrag zur Tagung "Schatzinseln in der Südsee - Bergbau im Südpazifik"
vom 23. bis 25. Oktober 1998 in der Evang. Akademie Tutzing

Autor: Pierre Jadin

Datum: März 1999

Pierre Jadin

Indigener Minenbesitz in Kanaky - Probleme und Perspektiven

Im Kontext des insularen Pazifik präsentiert Neukaledonien, oder auch Kanaky in der neueren Terminologie, zwei Sonderheiten. Zum einen ist es eine der wenigen wirklichen Schatzinseln der Südsee. Auf engem Raum - etwas über 18.000 qkm - präsentiert sich hier aus geologischer Sicht ein wahres Wunder der Natur. So birgt der Boden Lagerstätten von Kobalt, Chrom, Eisenerz, Mangan, Kupfer, Blei, Gold, Merkur, Antimon, Quecksilber und Phosphat. Allerdings handelt es sich hierbei meistens noch um potentielle Reichtümer, da für den Abbau dieser Mineralien in industriellem Maßstab Durchführbarkeits- und Rentabilitätsstudien fehlen.

Nicht so dagegen beim Nickel, dem wohl größten Schatz der Insel. Auf das Reinmetall heruntergerechnet, befinden sich auf der Insel schätzungsweise 15 Mio t, die mit der heute zur Verfügung stehenden Technologie profitabel erschlossen werden können, daneben 31 Mio t, für welche die aktuellen technischen Möglichkeiten zu einem wirtschaftlich lohnenden Abbau noch nicht ausreichen. Mit 20,18% Anteil an den weltweit bekannten Vorräten hält das kleine Kanaky den zweiten Platz hinter Indonesien (27,56%) und vor Rußland (9,35%), Kanada (9,30%), Kuba (7,72%), den Philippinen (7,15%) und Australien (3,86%).

Zum anderen ist Kanaky eines der letzten Gebiete dieser Region, dessen Status als französisches Überseeterritorium noch immer von seiner kolonialen Vergangenheit bestimmt ist. Nachdem die Insel 1853 von Frankreich annektiert wurde, diente es ab 1864 vor allem als Deportationsort zuerst für französische Kriminelle, wenig später dann auch für politische Häftlinge aus Frankreich und dem französischen Kolonial-

reich. Sowohl Pariser Kommunarden als auch aufständische algerische Kabylen wurden dorthin verbannt. Goldfunde, wenig später dann die Entdeckung von Nickel, führten Ende des 19. Jahrhunderts zu einer ersten nennenswerten Einwanderungswelle. Kanaky entwickelte sich, auch aufgrund der großzügigen Landvergabepraxis der Administration, zu einer französischen Siedlungskolonie. Einen zweiten Einwanderungsschub löste dann der in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts ausbrechende Nickelboom aus.

Für die melanesischen Ureinwohner der Insel, die Kanaken, hatte diese Entwicklung katastrophale Folgen. Sie wurden, auch aufgrund ihres durch importierte Krankheiten provozierten Bevölkerungsrückgangs, nicht nur zu einer zahlenmäßigen Minorität im eigenen Lande. Sie verloren darüber hinaus die Verfügungsgewalt über ihren Grund und Boden und wurden auf Reservate zurückgedrängt.

1985 geriet Kanaky in die Schlagzeilen der Weltpresse, als zum erstenmal die Kanaken massiv ihre Partizipation am politischen und wirtschaftlichen Geschehen einforderten. Die Proteste steigerten sich rasch bis zur Forderung nach Unabhängigkeit. Dem widersetzten sich sowohl der französische Staat, für den die pazifische Präsenz Bestandteil seiner mondialen Ambitionen war, als auch die europäischstämmigen Siedler, die sogenannten Caldoches, die ihre traditionelle politische und wirtschaftliche Dominanz gefährdet sahen. Der Konflikt erhielt eine regionale Dimension durch die Parteinahme der südpazifischen Staaten für die Sache der Kanaken. 1987 wurde Neukaledonien gar in die UN-Liste der noch zu dekolonisierenden Gebiete aufgenommen, ein Entschluß, der Frankreich international an den Pranger stellte. Die sich immer schneller drehende Spirale von Gewalt und Repression fand erst 1988 ein provisorisches Ende.

Nach mehreren gescheiterten Lösungsversuchen einigten sich die Pariser Regierung, der *Front de Libération Nationale Kanak Socialiste* (FLNKS) - ein Dachverband,

unter dem sich die verschiedenen politischen Strömungen der Kanaken zusammengeschlossen hatten - und das *Rassemblement Pour la Calédonie dans la République* (RPCR), die frankreichtreue Partei der Caldoches, auf einen Kompromiß, das sogenannte Matignon-Abkommen. Es sah die Aufteilung Kanakys in drei Provinzen vor: auf der Hauptinsel *Grande Terre* eine Südprovinz mit weißer Bevölkerungsmehrheit und eine Nordprovinz mit kanakischer Mehrheit. Die vorgelagerten Loyauté-Inseln bildeten die dritte Provinz, auch diese mit nahezu ausschließlich kanakischer Bevölkerung.

Jede der drei administrativen Einheiten erhielt eine eigene Provinzregierung mit umfassenden lokalen Kompetenzen. Damit bekamen die Kanaken die innenpolitische Verantwortung für ca. Zweidrittel des Territoriums zugesprochen. Durch diese Verwaltungsreform, die de facto einer Aufteilung des Landes in einen europäischen und einen kanakischen Teil gleichkam, war es gelungen, die verfeindeten Parteien erst einmal zu trennen und Zeit zu gewinnen für die Ausarbeitung einer definitiven, von beiden Seiten akzeptierten Lösung. Bei den Provinzen, welche den Kanaken zugesprochen wurden, handelte es sich allerdings um die wirtschaftlich rückständigsten Gebiete, Landstriche, die weder über eine nennenswerte Infrastruktur noch über ein Wirtschaftsleben, das über die bloße Subsistenzsicherung hinausging, verfügten. So konzentrieren sich allein in der von den Caldoches dominierten Südprovinz mit Schwerpunkt um Nouméa rund 75% der lokalen Unternehmen.

Im Matignon-Abkommen verpflichtete sich Frankreich denn auch, die Entwicklung in diesen Landesteilen überproportional zu fördern, um das Gefälle zwischen der prosperierenden, um die Hauptstadt Nouméa gelegenen Südprovinz und dem Rest des Territoriums zu beseitigen. In der Folge wurden große Summen in Straßenbau und Elektrifizierung, in den Ausbau von Hafenanlagen und die Anlage von Flugplätzen gesteckt.

Eine weitere Maßnahme war die Schaffung von drei Entwicklungsagenturen, eine für jede Provinz. Im Norden wurde so die *Société de Financement et d'Investissement de la Province Nord* (Sofinor) gegründet, eine Gesellschaft, deren Kapital zu 75% von der Provinzregierung gehalten wird. Weiter sind beteiligt das *Institut Calédonien de Participation* (ICAP), eine weitere, allerdings provinzüberschreitende Entwicklungsbehörde, deren Finanzierung zum größten Teil vom französischen Staat übernommen wird, sowie einige lokale Banken und Privatinvestoren. Im Unterschied zu Promo-Sud, der Agentur der Südprovinz, die sich um die Förderung des Tourismus kümmert, und zu Sodil, der Agentur der Loyauté-Inseln, die für Transport und Hotelwesen zuständig ist, besteht die Hauptaufgabe der Sofinor in der Förderung des Bergbaus im Norden.

Die Aktivitäten von Sofinor begannen 1990 mit der Übernahme der Mehrheitsanteile an der *Société Minière du Pacifique Sud* (SMPS), der "Südpazifischen Minengesellschaft", die sich bis dahin ausgerechnet im Besitz von Jacques Lafleur, dem Präsidenten des RPCR und Führer der Caldoches, befand. Beobachter vermuten denn auch, daß die Transaktion nur unter dem Druck der französischen Regierung zustande kam. 1991 konnte die SMPS durch die Übernahme der Kapitalmehrheit von Nouméa-Nickel, einem der kleineren unabhängigen Nickelproduzenten mit einer Abbaumenge von etwas über 300.000 t, ihr Geschäftsvolumen noch vergrößern.

Über die Sofinor hält die Nordprovinz heute 87% des Gesellschaftskapitals der SMPS, die Provinz der Loyauté-Inseln ist mit 4,6% beteiligt, der Rest befindet sich in Privatbesitz. Das Unternehmen verfügt zur Zeit über fünf Abbaustätten, beschäftigt 250 Arbeiter und Angestellte und förderte allein 1996 fast 1,4 Millionen t Nickelgestein, eine Menge, die 20% der gesamten Abbaumenge Kanakys in diesem Jahr entspricht. Damit hat die Gesellschaft ihre ursprünglichen Kapazitäten erheblich erweitert.

Die SMPS hat sich heute zur zweitgrößten Minengesellschaft in Kanaky entwickelt. Insgesamt beschäftigen sich noch fünf unabhängige Unternehmen mit dem Abbau von Nickel. Dominiert wird die Szene nach wie vor von der *Société Le Nickel* (SLN), einer Firma, an der der französische Staat in einer komplizierten Verschachtelung mehrheitlich beteiligt ist. 60% der Firmenanteile hält die französische Gruppe ERAMET, deren Geschäftsaktivitäten neben dem Nickel in der Stahlproduktion und der Manganverarbeitung liegen. 10% gehören dem japanischen Stahlkonzern Nisshin, 30% teilen sich verschiedene andere Privatanleger. ERAMET wiederum gehört zu über 50% der staatlichen Holding ERAP.

Die weiteren Gesellschaften sind, neben der SMPS, die *Nickel Mining Corporation*, ein Unternehmen der Pentecost-Gruppe (Abbaumenge von nickelhaltiger Erde: rund 700.000 t), die *Société des Mines de Tontouta* der Ballande-Unternehmensgruppe (ca. 600.000 t), die Minengesellschaft Jean-Claude Berton (490.000 t) und die Gesellschaft Georges Montagnat (140.000 t).

Die SLN verfügt über vier Lagerstätten und baute 1996 fast 3 Millionen t Nickelgestein ab, mehr als das Doppelte der SMPS. Sie ist, nach der öffentlichen Verwaltung, der zweitgrößte Arbeitgeber der Insel. Nur sie hat - in Doniambo, in unmittelbarer Nähe von Nouméa - eine Nickelschmelze in Betrieb, in der das gewonnene Rohmaterial zu Ferronickel und Nickelmatten weiterverarbeitet werden kann.

Auch die kanakische Verwaltung der SMPS hat seit einiger Zeit die Absicht, im Norden eine Nickelschmelze zu errichten. Zu diesem Zweck hat sie mit dem kanadischen Bergbaumulti Falconbridge eine Betreiberfirma gegründet, in der die SMSP 51%, Falconbridge 49% des Kapitals hält. Bei einem Empfang kanakischer Politiker durch den damaligen französischen Premierminister Alain Juppé im April 1996, sicherte letzterer dem Projekt finanzielle Unterstützung zu. Im Zusammenhang mit dem Bau der Nikkelschmelze wurde auch ein weiterer Ausbau der Infrastruktur beschlossen, so die Konstruktion eines Tiefseehafens in Koumac, die Kapazitätsverdoppelung des Kraft-

werks in Népoui und der Bau von Wasserkraftwerken, um die Stromversicherung der Nickelschmelze zu sichern. Insgesamt sollen damit im Norden weitere 700 direkte und 2.000 indirekte Arbeitsplätze geschaffen werden. Familienmitglieder eingerechnet würden somit rund 10.000 Kanaken zusätzlich von regelmäßigen Einkommen profitieren. Mit den ersten Arbeiten soll 1999 begonnen werden, ab 2003 soll die Nikkelschmelze dann ihren Betrieb aufnehmen.

Als Bedingung für seine Projektbeteiligung forderte Falconbridge allerdings einer 25jährige Belieferungsgarantie der Schmelze mit Nickelgestein. Allein aufgrund ihrer eigenen nördlichen Lagerstätten konnte die SMPS diese Garantie nicht geben, sie benötigte dafür ein zusätzliches Abbaugebiet, das sich aber im Besitz der SLN befand. Obwohl das dort vorhandene Nickelgestein eine Zusammensetzung hat, die eine Verarbeitung mit der in Doniambo zur Verfügung stehenden Technik zur Zeit nicht erlaubt, weigerte sich die SLN, einer Abtretung zuzustimmen. Erste, die kanakischen Pläne unterstützende Initiativen der Pariser Regierung blieben ohne Resultat, trotz der Tatsache, daß der französische Staat Mehrheitsaktionär bei der SLN ist. Diese gab zu bedenken, daß ihre nördlichen Lagerstätten für die mittelfristige Belieferung der eigenen Nickelschmelze unverzichtbar seien, dies umso mehr als auch die SLN selbst bis zur Jahrtausendwende nicht nur eine Kapazitätserhöhung ihrer Anlage in Doniambo von 50.000 auf 60.000 t jährlich plane sondern auch deren technische Modernisierung. Der Verwaltungsratsvorsitzende der SLN gab des weiteren zu bedenken, daß die privaten Aktionäre - in diesem Fall handelte es sich um amerikanische Pensionsfonds - bei einer Abtretung der Lagerstätte eine Schadenersatzklage einreichen würden.

Wie schon 1988, als erst die Matignon-Verträge eine wirtschaftliche Partizipation der Kanaken ermöglichten, wurde auch diesmal die Blockadesituation nur unter einem sich zuspitzenden politischen Druck aufgebrochen. 1988 war nämlich eine Frist von 10 Jahren ausgehandelt worden, nach der das Schicksal Kanakys einem Referendum unterworfen werden sollte. Die genauen Modalitäten dieser Absprache waren

Gegenstand von Verhandlungen, die 1998 begannen. Allerdings verknüpfte der FLNKS die Aufnahme der Gespräche mit der Bedingung, daß für die geplante Nickelschmelze der Nordprovinz eine wirtschaftlich tragfähige Belieferungsbasis geschaffen werde. Als Ergebnis neuerlicher Verhandlungen zwischen Staat und SNL kam es zum Tausch zweier Lagerstätten. Während die SMPS der SLN ein Vorkommen in der Südprovinz abtrat, überließ jene der SMPS die begehrte Konzession bei Poum im Norden. Sollte allerdings der Bau der SMPS-Nickelschmelze nicht realisiert werden, wäre der Tausch hinfällig.

Der Konflikt zwischen SMPS und SLN ist in mehrfacher Hinsicht interpretationsbedürftig. So verweist eine Linie auf die harten Bedingungen der internationalen Rohstoffmärkte. Heute dienen 60% des weltweit produzierten Nickels der Stahlveredelung. Vor allem die Rüstungsindustrie sowie Luft- und Raumfahrt sind auf hochwertige Stahllegierungen angewiesen, welche sowohl korrosionsbeständig als auch temperaturresistent sind. Ein Vergleich mit der Nachfragekurve für alle anderen Metalle zeigt, daß der Bedarf an Nickel seit 1970 weltweit immer überproportional zugenommen hat. Die weiteren Nachfrageaussichten sind generell nicht schlecht. So dürfte ein wachsender Einsatz von elektrisch betriebenen Fahrzeugen auch die Produktion von Nickel-Kadmium-Batterien stimulieren. Größte Abnehmer von Nickel sind naturgemäß die westlichen Industriestaaten, in abnehmender Reihenfolge die Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan. Dennoch war der Nickelpreis auf dem Weltmarkt stets starken Schwankungen ausgesetzt. Zwischen 1992 und 1996 waren für das unbearbeitete Erz Preisausschläge von bis zu 25% zu beobachten.

Gefahren für den neukaledonischen Nickelexport entstehen weniger durch ein Nachlassen der Nachfrage, auch wenn regionale Wirtschaftskrisen wie zur Zeit in Südostasien und Japan natürlich negative Implikationen haben. Eine mittel- bis langfristige Bedrohung liegt vielmehr in der oligopolistischen Struktur auf der Anbieterseite. So wird der Nickelweltmarkt von wenigen Anbietern dominiert, die sich einen harten Konkurrenzkampf liefern. Nur fünf Produzenten befriedigen zwischen 60 und 70% des

Bedarfs. An erster Stelle steht die kanadische Gesellschaft Inco, es folgt die russische Norilsk, der Kanadier Falconbridge, die Western Mining Corporation aus Australien und schließlich der größte neukaledonische Produzent SLN.

Obwohl der Nickelmarkt zur Zeit gesättigt ist, plant jeder dieser Konkurrenten eine Ausweitung seiner Produktion. Durch die Inbetriebnahme neuer Lagerstätten in Voisey Bay in Labrador könnte allein Inco 2010, Schätzungen zufolge, ein Drittel der weltweiten Nachfrage decken. Auch Rußland, mit seinem hohen Bedarf an Devisen, wird die eigene Produktion selbst zu Dumping-Preisen wohl forcieren. Unwägbarkeiten ergeben sich zusätzlich durch Kuba, dessen Potential bisher nicht ausgeschöpft werden konnte, da ihm sein natürlicher Absatzmarkt, die Vereinigten Staaten, wegen der Isolationspolitik gegenüber dem Castro-Regime, bislang verschlossen blieb. Insgesamt zeichnet sich trotz steigender Nachfrage somit ein künftiges Überangebot an Nickel ab. Konkurrenzkampf und Marktpositionierung der Anbieter, und damit ein allgemeiner Druck auf den Preis, werden die unmittelbare Zukunft des Nickelweltmarktes bestimmen.

Diese Marktprognosen haben in Kanaky, wie bei allen anderen Lieferanten, dazu geführt, stärker auf die eigene Weiterverarbeitung des Nickelgesteins zu setzen. Je höher der Verarbeitungsgrad ist, mit dem Nickel auf den Markt kommt, desto höher liegen die Gewinnspannen. Noch aber werden 55% des neukaledonischen Nickels in unbearbeitetem Zustand als nickelhaltige Erdmasse exportiert. Auch haben die kanakischen Unternehmen vorerst bei der Absicht, durch eine möglichst weitgehende Veredelung dieses Rohstoffes auch höhere Gewinnspannen zu erzielen, erst einmal recht schlechte Karten. Die Gestehungskosten in Doniambo liegen für ein Kilo Nickel, Abbau- und Schmelzkosten zusammengenommen, bei rund 5 Dollar. Es ist aber davon auszugehen, daß Konkurrenzfähigkeit in naher Zukunft erst bei einem Preis von ca. 3 Dollar zu erlangen ist. Mit ein Grund für die hohen Kosten ist, daß die Verarbeitung des Nickelgesteins sehr energieintensiv ist. In Ermangelung von genügend eigenen Energiequellen mußten bisher erhebliche Mengen an Erdöl importiert werden,

ein Umstand, der die Bilanzen belastet. Erschwerend kommt hinzu, daß die leicht und damit kostengünstig abzubauenden Vorräte mit einem hohen Metallgehalt (bis 3%) in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein werden.

Unter rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten wäre ein Zusammenschluß von SMPS und SLN sicherlich sinnvoll. Dies hieße allerdings, die politische Dimension des Konfliktes zu vergessen. So ist bei der kanakischen Führung seit einigen Jahren eine deutliche Akzentverschiebung bei den politischen Prioritäten zu erkennen. Nicht mehr das Ziel einer möglichst rasch zu vollziehenden Unabhängigkeit Kanakys, wie es noch den Hintergrund des Matignon-Vertrags bestimmte, sondern vielmehr eine autonome wirtschaftliche Entwicklung ihrer Provinzen steht heute im Zentrum der kanakischen Präokkupationen. In diese Richtung deutet auch die ultimative Art und Weise, wie das Problem vom FLNKS in die Vorverhandlungen zum Vertrag von Nouméa eingebracht wurden. Unter diesen Umständen war es nur folgerichtig, daß, als das Problem der Nickelschmelze von Paris in kanakischem Sinn geregelt wurde, es innerhalb kürzester Zeit zu einer Einigung über alle anderen Punkte kam.
Der Vertrag von Nouméa, der am 5. Mai 1998 geschlossen wurde, ist, vergleicht man ihn mit den Forderungen im Kontext der Matignon-Verhandlungen, ein erstaunlich gemäßigtes Dokument. In diesem Text erkennt Frankreich seine koloniale Schuld und damit auch Verantwortung gegenüber den Kanaken an. Der Vertrag sieht weiter die Schaffung einer traditionalen Körperschaft - bezeichnet als Senat - sowie einen schrittweisen weiteren Kompetenzentransfer an das Überseeterritorium vor. Nach einer Übergangszeit von 15-20 Jahren soll die Insel unter Umständen zu einer völligen Emanzipation gelangen, wobei deren staatsrechtliche Form völlig offen bleibt. Die Volksabstimmung über das Abkommen, die am 8. November 1998 stattfand, ergab, bei 25,76% Enthaltungen, eine Zustimmung von 71,87%. Geradezu überwältigend war die Akzeptanz mit rund 90% in der Nordprovinz und auf den Loyauté-Inseln.

Eine dritte Interpretationslinie deutet auf das hohe symbolische Gehalt des Konfliktes hin. Zum einen markierte das Jahr 1990 einen gewaltigen Wendepunkt im Bewußtsein der kanakischen Bevölkerung. Seit 1874, dem Jahr, an dem in Kanaky mit dem Abbau des nickelhaltigen Bodens begonnen wurde, war dieses Geschäft immer und ausschließlich in den Händen des französischen Staates und der Caldoches. Wenn überhaupt, so waren die Kanaken nur als Tagelöhner mit Pike und Schaufel am Abbau beteiligt, mußten dagegen aber systematische und großflächige Enteignungsmaßnahmen erdulden. Jetzt waren zum erstenmal auch die Ureinwohner des Landes an der Erschließung und Vermarktung der insularen Bodenschätze beteiligt.

Hinzu kam, daß die SLN bei kanakischen Militanten schon immer als Symbol des Kolonialismus galt, und damit des Ausschlusses und der Unterdrückung. Die Partizipation am Minengeschäft, der Aufbau eines Minenkonglomerats als Gegenpol zur SLN und die Durchsetzung einer eigenen Nickelschmelze gegen jeden Widerstand wurden so zum sichtbaren Zeichen der Emanzipation, mehr noch, sie wurden zum Beweis eines erfolgreichen Eindringens in die Lebenswelt der Kolonialherren.

In einem engen Zusammenhang mit der kolonialen Vergangenheit der SLN steht der von der kanakischen Führung an ihre Adresse erhobene Vorwurf, sie transferiere die Gewinne aus dem Nickelgeschäft ins Ausland und trüge so noch heute zur Ausplünderung Kanakys bei. In der Tat wird ein Teil der lokalen Produktion direkt von der Muttergesellschaft ERAMET vermarktet. Da diese ihren Steuersitz in Paris hat, fließen die aus der Gewinnbesteuerung fälligen Abgaben direkt an den französischen Fiskus.

Die vordergründige Erfolgsgeschichte des kanakischen Minenengagements darf nicht dazu verleiten, die daraus entstehenden und in ihren Konsequenzen durchaus ambivalenten sozio-ökonomischen, ökologischen und entwicklungspolitischen Implikationen aus dem Auge zu verlieren.

So hat die Ausformung einer kanakischen Wirtschaft und Bürokratie, mit Schwerpunkt im Bergbaumanagement und in den Provinzverwaltungen, eine neue Elite geschaffen, deren politische Machtbasis jedoch noch instabil ist. Davon zeugt einmal sowohl ein wachsender personeller Konkurrenzdruck innerhalb des FLNKS, der ja aus diversen Parteien und Fraktionen besteht und zum anderen die vermehrt zu beobachtende Tendenz, sich über klientelistische Praktiken eine wohlgesonnene Wählerschaft zu sichern. Die traditionelle Autorität ist in diesem Spiel um Einfluß und Herrschaft der große Verlierer. Sie steht den neuen Würdenträgern der Moderne mit ihrer institutionalisierten Macht in der Regel hilflos gegenüber. Degradiert zu bloßen Hütern oraler Tradition, schwindet mit ihrem Gewicht auch ein bedeutsames Binde-, Ordnungs- und Stabilitätselement der kanakischen Gesellschaft.

Daneben hat die Schaffung regelmäßiger Arbeitsplätze für viele, aber eben nicht für alle Kanaken zu neuen, innerhalb der kanakischen Gesellschaft in diesem Ausmaß bisher unbekannten sozialen Disparitäten geführt. Einer Minderheit gut ausgebildeter Kanaken in Politik und Wirtschaft steht heute die Masse derer gegenüber, die am modernen Wirtschaftsleben noch nicht teilnehmen können oder auch wollen. An diesem Umstand zerbrechen alte Solidaritäten, und neue Gräben innerhalb der kanakischen Bevölkerung tun sich auf. Gleichzeitig formieren sich neue, überraschende Allianzen, auch über die ethnischen Grenzen hinweg. So treten immer mehr Europäer in die von Kanaken geführte USTKE ein, eine Gewerkschaft, die für ihre Militanz und Schlagkraft bekannt ist.

Auch in der Landnutzung ist ein altes, seit jeher schwelendes Problem wieder verstärkt aufgebrochen. Ausschlaggebend ist hierbei der Flächenbedarf für Infrastrukturmaßnahmen, vor allem aber die landverschlingende Ausweitung der Abbaustätten für Nickel. Dieser wird großflächig im Tagebau gewonnen. Um eine Tonne reinen Nickels zu erhalten, müssen zwischen 30 und 100 t Boden abgetragen werden. Kanaken aber haben sowohl ein sakrales als auch ein identitätsstiftendes Verhältnis zur Erde. Die westliche Konzeption von Land als Handels- und Verfügungsgut, das man nicht

nur nutzen, sondern auch besitzen, ja sogar zerstören kann, liegt ihnen fern. Dabei handelt es sich bei weitem nicht nur um die Auffassung einer rückständigen Minderheit. Im Gegenteil: Noch heute bekennen sich über 90% der kanakischen Bevölkerung zu einem Clan, und über 60% leben auf dem eigenen, unantastbaren Land ihrer Ahnen. Bedenkt man, daß in Kanaky, bei steigendem Trend, bisher rund 15% der Landfläche mit Abbaukonzessionen versehen sind - die Landwirtschaft nimmt daneben nur 12% ein -, so wird einem klar, daß Landkonflikte die nahe Zukunft der Insel wohl schwer belasten könnten.

Von der Landproblematik ist es nur ein kleiner Schritt hin zu den ökologischen Aspekten der Nickelproduktion. Ein abschreckendes Beispiel im Pazifik präsentiert der Inselstaat Nauru, wo der Phosphatabbau eine öde, unbewohnbare Kraterlandschaft hinterlassen hat. Auch der Abbau von Nickel hinterläßt großflächig eine zerstörte Erde und macht das Wasser ungenießbar. Schlimmer noch: Die bei seiner Weiterverarbeitung entstehenden Dämpfe gelten als hochgradig karzinogen. Der in Bälde nötige Rückgriff auf Nickelvorräte geringerer Qualität wird die Lage noch verschärfen. Die in Frankreich 1976 in Kraft getretenen Umweltschutz-Auflagen, laut denen Minengesellschaften gezwungen sind, beispielsweise Auffangbecken für verschmutztes Wasser und Kläranlagen zu bauen, gelten nicht für Kanaky. Ein entsprechendes Anwendungsdekret wurde bislang nicht erlassen. Der einzige nennenswerte Fortschritt auf diesem Gebiet ist, daß ein Teil der steuerlichen Abgaben aus der Nickelgewinnung seit 1989 zweckgebunden ist, um Renaturierungsmaßnahmen - vor allem Wiederaufforstungen -für aufgegebene Abbaustätten zu finanzieren.

Bisher haben die Provinzregierungen zu diesem Thema geschwiegen, frühere Proteste politischer Führer der Kanaken gegen die Umweltverschmutzung sind verstummt. Dagegen nimmt der Widerstand in der Bevölkerung zu. So berichtet der *Mining Monitor* vom Januar 1997 von einer ganzen Reihe von Demonstrationen und Blockaden von kanakischen Gruppen auch, und das ist neu, gegen Minen in kanakischem Besitz.

Es bleibt die Frage nach der entwicklungspolitischen Relevanz der Ausweitung des Nickelbergbaus unter kanakischer Regie. Mit ihr verband sich die Erwartung, daß sich daraus in der Nordprovinz Impulse auch für andere Wirtschaftsbranchen ergeben würden. Dies hat sich bislang nicht in dem erhofften Ausmaß eingestellt, auch wenn der Zeitraum von zehn Jahren sicherlich zu kurz ist, um zu einer definitiven Bewertung zu kommen. Allein aber bleibt der Minensektor in vielfacher Hinsicht zu schwach, um eine entwicklungstragende Funktion ausüben zu können. Dies zeigt schon ein Blick auf die Beschäftigtenzahlen. 1996 waren bei einer aktiven Bevölkerung von rund 45.000 Personen nur 1.900, also nicht einmal 5%, im Bergbausektor beschäftigt. Nach wie vor ist auf der Insel mit über 15.000 Angestellten der öffentliche Dienst größter Arbeitgeber. 52% aller in Kanaky ausgezahlten Gehälter stammen somit aus den öffentlichen Haushaltsmitteln vor allem der französischen Zentralregierung.

Sicher, Kanaky hat einen durchschnittlichen Lebensstandard, der es weit über das Niveau anderer, souveräner Entwicklungsstaaten hebt. Laut den Statistiken der OECD ist er vergleichbar mit dem Neuseelands. Ohne die Hilfe des französischen Zentralstaates aber, der sich vor allem in den letzten Jahren verstärkt bereit zeigte, sich die Vormundschaft über seinen pazifischen Außenposten etwas kosten zu lassen - so betragen die jährlichen Zuschüsse aus Paris über vier Milliarden französische Francs -, wäre dieses Niveau kaum zu halten. Schließlich leidet auch Kanaky trotz seiner geologischen Sonderstellung unter denselben Grundproblemen, die für die meisten Staaten des Südpazifiks zutreffen: Kleinheit, Insularität und räumliche Isolation. Bei einer Bevölkerung von nur 200.000 Personen, was den Aufbau einer binnenmarktorientierten Wirtschaft unmöglich macht, und einer Distanz von 1.500 km zu Australien und 7.000 km zu Japan, um nur die wichtigsten näheren Märkte zu nennen, ist eine sich am Maßstab westlicher Industrienationen orientierende Entwicklung aus eigener Kraft nur schwer zu schaffen. Solange Kanaky aber unter dem schützenden Finanzschirm Frankreichs agiert, ist dieses Problem ein sekundäres. Dringlicher

scheint das Problem der Verteilung, die große Diskrepanz zwischen dem kanakischen und dem europäischstämmigen Bevölkerungsteil.

Aus dieser Perspektive erweist sich die zentralstaatlich geförderte Partizipation der Kanaken am Nickelbergbau weniger als eine entwicklungsstrategische Variante, sondern vielmehr als eine Strategie der politischen Responsabilisierung, Befriedung und Einbindung. Mit der de facto Teilung der Insel in zwei bzw. drei sich autonom verwaltende Einheiten ist es der Pariser Regierung zum einen gelungen, die Brisanz im Verhältnis von Kanaken und Caldoches zu mildern. Zum anderen erlaubt eine an den Provinzen orientierte Förderung eine gezieltere Umverteilungspolitik und eröffnet so die Chance zu einer schrittweisen Integration der Kanaken in die moderne Welt. Darüber hinaus bleiben beide lokale Bevölkerungsgruppen, mehr noch als zuvor, auf die vermittelnde und fördernde Funktion des Zentralstaates angewiesen.

Literaturverzeichnis

Assemblée Nationale, Commission des Finances. Situation économique et financière de la Nouvelle-Calédonie. Les paradoxes calédoniens. Rapport d'information No. 1026, 1998.

Institut d'Emission d'Outre-Mer. La Nouvelle-Calédonie. Paris 1996.

Sénat, Commission des Finances. La Nouvelle-Calédonie: vouloir vivre ensemble. Un premier bilan du volet économique et financier des Accords de Matignon. Doc. No. 212, 1996/97.